

## Kriegsmaterial-Exporte

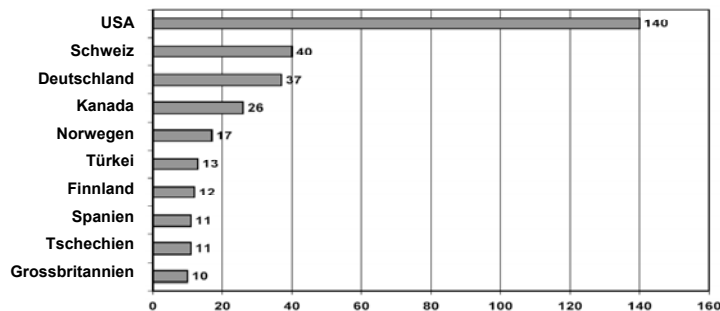
### Facts & Figures

In den Jahren 2003 bis 2005 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von insgesamt 1,04 Milliarden Franken. 78 Prozent der Waffenlieferungen gingen an Staaten, die sich am «Krieg gegen den Terror» im Irak und in Afghanistan beteiligen. 2006 stiegen die Kriegsmaterial-Exporte um rund einen Drittel: 2005 exportierte die Schweiz im Wert von 257,7 Millionen Franken, 2006 stiegen die Zahlen auf rund 400 Millionen an.

### Ruag: Die Waffenschmiede des Bundes

Die Ruag befindet sich zu 100 Prozent im Besitz des Bundes. Sie ist unter anderem die grösste Produzentin von Kleinwaffen-Munition in Europa. Diese kleinkalibrigen Schusswaffen sind eigentliche Massenvernichtungswaffen: Rund 1'000 Todesopfer pro Tag fordern die weltweit ca. 650 Millionen Kleinwaffen (Quelle: International Action Network on Small Arms), wobei Krieg, häusliche Gewalt und organisierte Kriminalität oft Hand in Hand gehen. Frauen und Kinder gehören besonders häufig zu den Opfern.

### Produktion Kleinwaffen-Munition:



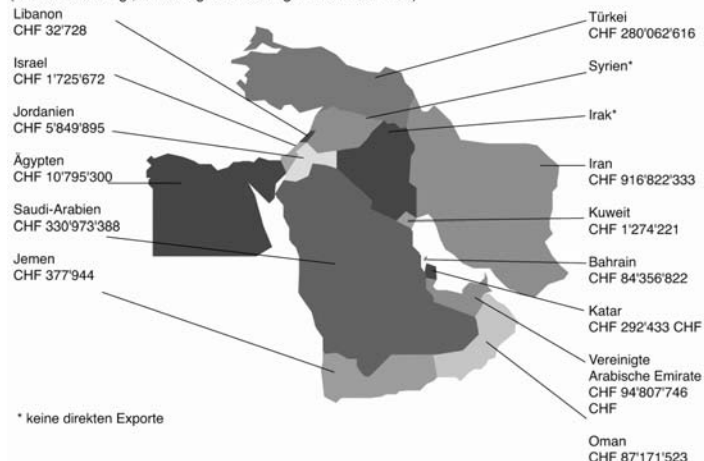
### Entwicklungsländer und Krisengebiete

Immer wieder bewilligt der Bundesrat Kriegsmaterial-Exporte in wirtschaftlich schwache Regionen. So wurden in den Jahren 2003 bis 2005 Waffen im Wert von über 93 Millionen Franken nach Botswana ausgeführt, wo die Lebenserwartung aufgrund der AIDS-Epidemie unter 35 Jahren liegt. Die Menschen in Botswana brauchen kein Kriegsgerät aus der Schweiz, sondern medizinische Hilfe!

Unter «Neutralität» versteht der Bundesrat nur allzu oft, dass beide Seiten eines Konflikts gleichermassen mit Waffen versorgt werden. Auch chronische Krisengebiete wie das «Pulverfass Nahost» werden regelmässig mit Schweizer Kriegsmaterial beliefert. Zuletzt wurde im Frühling 2006 die Ausfuhr von Schusswaffen nach Ägypten bewilligt, obwohl das Regime von Hosni Mubarak mit zunehmender Brutalität gegen die demokratische Opposition vorgeht. Damit ist klar: Die Interessen der Rüstungslobby werden in der Schweiz stärker gewichtet als Menschenrechte und Demokratie.

### Schweizer Waffenexporte in den Nahen Osten seit 1970

(inflationbereinigt, ohne illegale Lieferungen u. a. in den Irak)



## **Eine saubere Lösung für ein dreckiges Geschäft**

Die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten will das Geschäft mit dem Tod stoppen. Die Schweiz hat es nicht nötig, wirtschaftlich von Krieg und Gewalt zu profitieren.

Eine restriktivere Bewilligungspraxis reicht nicht aus, denn es gibt keine unproblematischen Waffenausfuhren. Der «Krieg gegen den Terror» zeigt, dass auch westliche Demokratien nicht vor völkerrechtswidrigen Kriegen und Menschenrechtsverletzungen zurückschrecken, wenn handfeste Interessen im Spiel sind. Und der Fall der Vereinigten Arabischen Emirate hat deutlich gemacht, dass die so genannten «Endverbraucher-Erklärungen» das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen.

Nur ein vollständiges Verbot der Ausfuhr von militärischen Gütern kann verhindern, dass Schweizer Waffen in kriegesischen Auseinandersetzungen zum Einsatz kommen.

Entgegen den Hoffnungen vieler Menschen hat das Ende des Kalten Krieges den weltweiten Rüstungswahn nicht gestoppt. Seit dem 11. September 2001 ist eine neue Welle der Militarisierung und Aufrüstung im Gange, obwohl mehr als fraglich ist, was noch mehr Waffen gegen einen Terrorismus ausrichten sollen, der sich gerade aus der Wut auf das Grossmachtgehabe der westlichen Welt speist.

Ein Verbot der Kriegsmaterial-Exporte wäre demgegenüber ein starkes Zeichen für eine friedlichere Welt. Als Mitinitiantin des neu geschaffenen UNO-Menschenrechtsrates und Depositärstaat der Genfer Konventionen soll sich die Schweiz konsequent für die Einhaltung der universalen Menschenrechte einsetzen. Das ist auch der beste Schutz gegen terroristische Anschläge.

## **Die Initiative ist auf gutem Weg**

Die Unterschriftensammlung für die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten ist auf gutem Weg: Nach rund acht Monaten sind bereits 80'000 Unterschriften gesammelt. Die Reaktionen von BürgerInnen auf der Strasse zeigen deutlich, dass das Parlament konsequent am Volk vorbei politisiert. Bis im Sommer sollen die fehlenden 45'000 Unterschriften gesammelt sein, sodass die Initiative im Herbst eingereicht werden kann.

## **Folgende Organisationen unterstützen die Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“:**

Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), Grüne Schweiz, Juso Schweiz, A Gauche Toute!, cfd- die feministische friedensorganisation, Gesellschaft für bedrohte Völker, terre des hommes schweiz, Zentralvorstand des evangelischen Frauenbundes, Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz, comedia-die mediengewerkschaft, Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung Basel, BastA!, Junge Alternative JA!, Alternative Kanton Zug, Frauen für den Frieden, DaDavos, SGA Zug, WILPF, Partei der Arbeit der Schweiz, Junge Grüne, Humanistische Partei der Schweiz, APRED Association pour la Non-Militarisation, Association suisse des Amis du Monde diplomatique, Mouvement populaire des familles MPF, aktiv unzufrieden St. Gallen, CETIM Centre Europe-Tiers Monde, SP Schweiz, Neue PdA Basel, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH), OeME-Kommission Bern-Stadt, Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung TheBe, attac schweiz, Centrale Sanitaire Suisse Romande, Marche Mondiale des Femmes - Schweiz, Erklärung von Bern (EvB), Christlich - Soziale Partei (CSP), Stiftung PanEco, Lassalle-Friedensbewegung (LFB)